



Geschichtliche Entwicklung

Erfahrung über die Eingliederung von und die Zusammenarbeit mit Ausländern hat die Bergbaugewerkschaft seit ihrer Gründung vor nun beinahe 100 Jahren. Bis 1933 waren es hauptsächlich Polen, die in den Bergbau kamen. Diese schlossen sich entweder den bereits existierenden Gewerkschaften der verschiedensten Richtungen an, oder aber - dort, wo die polnische Wohnbevölkerung groß genug war - sie gründeten ihren polnischen Bergarbeiterverband. Die Zusammenarbeit zwischen den national gegliederten Gewerkschaften war für die damalige Zeit zufriedenstellend. Nach dem zweiten Weltkrieg und mit der Neugründung der Gewerkschaftsbewegung nach dem Industrieverbandsprinzip in Form der Einheitsgewerkschaft gab es erstmals wieder Mitte der fünfziger Jahre neue, nennenswerte Berührungspunkte mit Ausländern.

Wenn man die ausländischen Arbeitnehmer - Niederländer, Belgier und Franzosen - in den Grenzbezirken bei Aachen und an der Saar vernachlässigt, weil sie zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallen, so kam als erste große Gruppe die Italiener in den Bergbau und damit auch zur IG Bergbau und Energie. Sie sind allerdings nicht sehr lange im Bergbau und damit im Organisationsbereich der IG Bergbau und Energie geblieben. Die beginnende Kohlenkrise und eine Hochkonjunktur im übrigen Wirtschaftsbereich haben dazu beigetragen, daß der Wechsel aus dem Bergbau in andere arbeitsplatzsichere Industriezweige und in den Dienstleistungsbereich sehr schnell vollzogen wurde. Trotz der beginnenden Betriebsschließungen wurden nach den Italienern Bergbau-Mitarbeiter in Spanien angeworben. Aber auch die Spanier

sind nur durch den Bergbau „gezogen“. Den Spaniern folgten die Jugoslawen. Sie sind neben den Türken auch heute noch die größte Gruppe der Arbeitnehmer im Bergbau. Der Vollständigkeit halber sind auch die Griechen, die Marokkaner und die Tunesier zu nennen, die aber zahlenmäßig ebensowenig ins Gewicht fallen wie die Koreaner. Die Koreaner sind in jedem Fall als Sondergruppe zu betrachten, da sie aufgrund zwischenstaatlicher Beziehungen nur zur Vervollständigung ihrer im Heimatland erworbenen Berufskennnisse beschäftigt wurden. Ihre Aufenthaltsdauer betrug maximal drei Jahre.

Bei allen Ausländern, die im Bergbau beschäftigt waren und noch beschäftigt sind, kann man mit Genugtuung feststellen, daß sie fast ausnahmslos Mitglied der IG Bergbau und Energie sind. Damit ist die Gewerkschaft der im Bergbau Beschäftigten in besonderem Maße verpflichtet, sich um die Probleme der Ausländer, aber auch um die Probleme, die das Zusammenleben mit Ausländern mit sich bringt, zu kümmern.

Beschäftigungs- und Mitgliederentwicklung ausländischer Arbeitnehmer
1963 – 1. Quartal 1982

Jahr	Ausländer insgesamt	davon organisiert	davon Türken
1963	13 737	3 947 = 28,7%	2 587 = 18,8%
1971	40 572	33 269 = 82,0%	25 200 = 62,1%
1975	41 104	40 220 = 97,8%	28 083 = 68,3%
1980	38 495	37 648 = 97,8%	27 413 = 71,3%
1. Quart. 1982	39 807	39 011 = 98,0%	28 759 = 72,3%

Probleme der Ausländerbeschäftigung und gewerkschaftliche Lösungsansätze

Abgesehen von Sprachproblemen, die sich mit der Zeit weitgehendst abbauen ließen, hat es nach 1963, dem Jahr der ersten großen Anwerbeaktion in der Türkei, lange Zeit kaum ernsthafte Probleme gegeben. Die auftretenden Probleme sind nicht „ausländertypisch“ gewesen und traten auch zwischen Deutschen auf. Die Aussage der Problemlosigkeit hatte für den Bereich des Arbeitsplatzes noch bis etwa Mitte 1981 Gültigkeit.

Mit Fortschreiten der einerseits durch die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage und der damit steigenden Arbeitslosigkeit bedingten und andererseits durch neonazistische Kreise geschürten Ausländerfeindlichkeit ergeben sich aber auch verstärkt Probleme in den Betrieben. Aus früher kollegialen Frozzeleien werden teilweise bösartige Angriffe. Trotz allem aber gilt auch heute noch, daß mit Entfernung vom Arbeitsplatz auch die Probleme zunehmen.

Seit Beginn der Ausländerbeschäftigung war die IG Bergbau und Energie bemüht, die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien in die gewerkschaftliche Arbeit einzubeziehen. Nach der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahre 1972 konnte auch mit der Einbeziehung aller ausländischer Arbeitnehmer in die Betriebsrätstätigkeit begonnen werden.

Seit den frühen sechziger Jahren wurden Ausländer bereits als gewerkschaftliche Vertrauensleute gewählt und haben aktiv in den Ortsgruppen mitgearbeitet. Hierbei hat sich bei der Vielzahl der Zechenstillegungen das beibehaltene Organisationsprinzip in Wohnbereichsortsgruppen hervorragend bewährt. Durch die notwendigen Verlegungsmaßnahmen in fremde, teilweise sehr weit entfernte Betriebe, benötigten die „neuen“ Gewerkschaftsmitglieder eine geraume Zeit, um sich im Betrieb eine neue Vertrauensbasis aufzubauen. Dabei haben selbstverständlich die Vertrauensleute und auch die Betriebsgewerkschaftsausschüsse mitgeholfen.

In den Betriebsgewerkschaftsausschüssen wurden - unter Mithilfe aller Vertrauensleute - 1972 auch erstmals Türken als Kandidaten für die Betriebsratswahl aufgestellt. Von 3 737 Mandaten fielen 48 an Ausländer und davon 33 an Türken. Die Zahl der ausländischen Betriebsratsmitglieder ist seitdem ständig angestiegen, wie die nachfolgende Tabelle zeigt:

	1972	1975	1978	1981
insgesamt:	3737 = 100%	3451 = 100%	3174 = 100%	3141 = 100%
Ausl. Arbeit- nehmer:	48 Mand. = 1,28%	95 Mand. = 2,75%	112 Mand. = 3,53%	124 Mand. = 4,0%
davon Türken	33 Mand. = 68,75%	77 Mand. = 81,05%	86 Mand. = 76,79%	94 Mand. = 75,8%

Erfreulich ist dabei die Feststellung, daß die Kandidaten sowohl bei der gewerkschaftlichen Vorwahl zur Festlegung der Listenplätze, als auch bei der eigentlichen Betriebsratswahl von deutschen und ausländischen Wählern ihre Stimmen erhielten. Es gibt dabei Stimmenergebnisse, welche die ausländischen Betriebsratsmitglieder auf Platz zwei, drei und folgende „Spitzenplätze“ gebracht haben.

Um von den ihnen zustehenden Rechten Gebrauch machen zu können und um die aus den Mandaten erwachsenden Pflichten erfüllen zu können, benötigten gerade die ausländischen Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder die Unterstützung ihrer Gewerkschaft.

Die IG Bergbau und Energie hat deshalb schon rechtzeitig Wert darauf gelegt, daß der betroffene Personenkreis auch an gewerkschaftlichen Schulungsmaßnahmen teilnimmt. Hierbei mußte den ausländischen Mitgliedern, insbesondere denen türkischer Nationalität, eine gewisse Schwellenangst vor der „Schule“, auch wenn es sich dabei um eine gewerkschaftliche Bildungsstätte handelte, genommen werden. Dazu wurden, bewußt nicht auf Dauer festgeschriebene, von 1972 bis 1978 speziell Lehrgänge für ausländische Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder durchgeführt. In den ersten Jahren wurde bei Bedarf oder bei besonders schwierigen Themenbereichen die Hilfe eines türkischen Dolmetschers in Anspruch genommen. Auf diese Hilfestellung wurde dann mit Zustimmung der türkischen Mitglieder verzichtet, und ab 1976 ist die ausschließliche Lehrgangssprache Deutsch. Neben diesen „Ausländerlehrgängen“ wurden aber auch andere Lehrgänge von ausländischen Mitgliedern besucht. Nach einer relativ kurzen Zeit, in welcher die Erkenntnis gewonnen wurde, daß Gewerkschaftsschule nichts mit den aus den Heimatländern bekannten schulischen „Einpausystemen“ zu tun hat, war die Mitarbeit im Lehrgang ausgezeichnet. Sie unterscheidet sich heute nicht mehr von denen deutscher Lehr-

gangsteilnehmer. Die Diskussionsbeiträge der ausländischen Kollegen werden häufig engagierter vorgetragen als die der deutschen Teilnehmer. Der Anteil der ausländischen Lehrgangsteilnehmer beträgt im Durchschnitt 15 - 20%, d. h., bei einem voll belegten Lehrgang mit 22 Teilnehmern sind ca. 3 oder 4 Ausländer.

Im überbetrieblichen Bereich und außerhalb der Wohnortgruppen, auf Bezirks- und Bundesebene also, werden die ausländischen Mitglieder selbstverständlich auch an der Gewerkschaftsarbeit beteiligt. So wurden bereits 1974 in einzelnen Bezirken des Organisationsgebietes sogenannte „Ausländerarbeitskreise“ gebildet. In diesen Arbeitskreisen, die nun in allen Ruhrbezirken und dem Bezirk Rheinland tätig sind, arbeiten Ausländer und Deutsche eng zusammen. Sie unterstützen mit ihrer Arbeit und ihren Anregungen die Ausländerarbeit im Bezirk und in den Ortsgruppen sowie den Betriebsgewerkschaftsausschüssen.

Seit 1979 arbeitet auch ein Arbeitskreis beim Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie. Dieser Arbeitskreis ist zwar nicht in der Satzung vorgesehen, da alle Mitglieder der IG Bergbau und Energie gleiche Rechte und Pflichten haben und es auch keine national gegliederten Gruppierungen gibt. Dennoch hat der Hauptvorstand diesem Arbeitskreis ähnliche Aufgaben übertragen, wie sie die Kommissionen nach Satzung zu erfüllen haben.

Um die Ausländerarbeit der IG Bergbau und Energie transparenter zu machen und als ein Tätigkeitsnachweis des „Ausländerarbeitskreises beim Hauptvorstand“ einerseits, aber um auch andererseits auf besondere Probleme der ausländischen Mitgliedschaft eingehen und diese diskutieren zu können, wird jährlich eine ganztägige Arbeitstagung durchgeführt. An ihr nehmen, außer den ausländischen Vertrauensleuten, Betriebsratsmitgliedern und Dolmetschern auch deutsche Betriebsratsmitglieder, Mitarbeiter aus den mit der Ausländerarbeit betrauten Abteilungen der Bergbauunternehmen, Arbeits- und Personaldirektoren sowie interessierte Wissenschaftler und Politiker teil.

Selbstverständlich ist es seit Jahren auch, daß sich unter den Delegierten zu Bezirkskonferenzen, den Gewerkschaftstagen und zum Kongreß auch ausländische Mitglieder befinden. Ihnen muß eindeutig und mit Nachdruck bescheinigt werden, daß es sich nicht um „Vorzeigausländer“ handelt, sondern daß sie in allen Funktionen, in die sie berufen werden, hervorragende Arbeit im Sinn der gewerkschaftlichen Zielsetzung leisten.

Zur Information erhalten die türkischen Mitglieder neben der Gewerkschaftszeitung „einheit“ auch eine Zeitung in türkischer Sprache. Der Name dieses Blattes ist die türkische Übersetzung von „einheit“, nämlich „birlik“.

Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

Ein besonderes Augenmerk bei der Betreuung der Ausländer gilt den Wohnbereichen. Hier arbeiten die Ortsgruppen der IG Bergbau und Energie eng mit den Organisationen der freien und kirchlichen Wohlfahrt zusammen. Darüber hinaus ist eine enge Zusammenarbeit mit der „Revierarbeitsgemeinschaft für kulturelle Bergmannsbetreuung“ gewährleistet. Über diese Organisation werden durch ein reichhaltiges Angebot an verschiedenen Kursen, von Nähkursen bis zu Sprachkursen und

Schularbeitshilfen, vor allen Dingen auch die Frauen und Töchter der türkischen Mitglieder erreicht. Die Zusammenarbeit mit den genannten Organisationen ist einfach erforderlich, um nicht in einen nutzlosen Konkurrenzkampf bei der Betreuung zu geraten, aber auch, um den dort vorhandenen Sachverstand in Bezug auf soziale und pädagogisch-didaktische Bereiche zu nutzen. Dabei bilden häufig unsere ausländischen und deutschen Ortsgruppenfunktionäre, ihrer Bekanntheit wegen, das Bindeglied zwischen Ausländern und den Mitarbeitern der genannten Organisationen.

In den Wohngebieten liegen auch die Berührungspunkte zwischen Arbeitswelt und anderen Lebensbereichen. Man arbeitet nicht nur zusammen, man wohnt auch zusammen. Im Wohnbereich entstehen auch die meisten Probleme. Die hier auftretenden Schwierigkeiten werden dann häufig dem Betriebsrat vorgetragen. Hier liegt eine sehr wichtige Aufgabe für die Mitglieder in den Wohnungsausschüssen. Die dort tätigen Betriebsratsmitglieder haben aber bewiesen, daß sie in der Lage sind, die meisten Probleme zu bewältigen: nicht zuletzt dadurch, daß auf Betreiben der IG Bergbau und Energie in fast alle Wohnungsausschüsse ein ausländisches Betriebsratsmitglied gewählt wurde.

Zur Zeit wird eine auf Initiative der IG Bergbau und Energie eingeleitete Untersuchung über die Wohn- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Mitarbeiter bei der Ruhrkohle AG durchgeführt. Die wissenschaftliche Betreuung dieser Untersuchung steht unter der Leitung von Professor Dr. Hermann Körte von der Bochumer Ruhr-Universität.

Wegen der besonderen Situation ausländischer Jugendlicher wurde unter Beteiligung der IG Bergbau und Energie 1981 das „Institut für Ausländerfragen“ mit Sitz in Bochum gegründet. Mit wissenschaftlicher Begleitung des Instituts sollen ausländische Jugendliche in zwei- und dreijährigen Ausbildungsgängen aller im Bergbau vertretenen Berufe ausgebildet werden. Gleichzeitig werden damit Ausbildungspläne für die Zukunft vorbereitet und Ausbilder auf die besonderen Anforderungen bei der Berufsausbildung ausländischer Jugendlicher hingewiesen.

Abschließend kann festgestellt werden: So wie die ausländischen Arbeitnehmer im deutschen Bergbau ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil der Mitgliedschaft in der IG Bergbau und Energie sind, so ist auch die Ausländerpolitik der IG Bergbau und Energie ein fester Bestandteil der gewerkschaftlichen Arbeit für eine gesicherte Zukunft der deutschen und ausländischen Mitglieder.

Klaus Lentes,
Sekretär in der
Abt. Betriebsräte bei der
Hauptverwaltung der IG Bergbau
und Energie, Bochum